



Skepsis, aber auch Zustimmung in Reihen der Opposition

UMFRAGE: Für Köllensperger ist Schutzklausel „am Ende besser als erwartet“ – Knoll kritisiert Bezeichnung „Südtirol-Alto Adige“ – Reber: „Einseitige Zugeständnisse“

BOZEN (hof). Zwei Tage nach der Übermittlung des Textes der Autonomiereform bleiben viele Mitglieder der Opposition im Landtag bei einzelnen Punkten kritisch, zugleich zeichnet sich aber bei einigen Abgeordneten durchaus eine Zustimmung zum Reformwerk ab. Paul Köllensperger meint, man könne schon wegen der Schutzklausel kaum Nein sagen. Andreas Colli begrüßt die neue Kompetenz Wildtiermanagement – und will im Landtag mit Ja stimmen. Renate Holzzeisen kündigt hingegen ihr Nein zur Reform an, ebenso Jürgen Wirth Anderlan.

„Die Schutzklausel ist am Ende besser als erwartet“, meint **Paul Köllensperger** (Team K). Von einer Autonomiereform zu sprechen, sei aber „wohl zu viel“. Es gehe hier um punktuelle Änderungen. „Die Bevölkerung wird kaum etwas spüren, vor allem aber waren weder sie noch der Landtag als ihr Repräsentant auch nur minimal eingebunden. Natürlich hat das Parlament Zuständigkeit für das Statut, aber dass man Landtag, Autonomiekonvent und die Bürger völlig übergeht, ist nicht akzeptabel“, kritisiert der Team-K-Chef.

„Wichtige Themen wie Schule wurden nicht einmal angesprochen, die Zugewinne bei Umwelt, Vergabe, Handel sind bescheiden und sowieso von Brüssel mehr als von Rom geregelt. Die Zugeständnisse an Urzi hingegen sind eindeutige Zugeständnisse an die italienische Sprachgruppe, während die erzielten neuen Zuständigkeiten nicht etwa Gewinne für die deutsche Sprachgruppe sind, sondern für alle“, konstatiert Paul Köllensperger.

„Von uns wird es keine bedingungslose Zustimmung geben“, kündigt **Sven Knoll** (STF) an. „Die Wiederherstellung und der Ausbau der Autonomie gehen für uns in Ordnung“. Aber: Kritische Punkte sollten gestrichen werden. Für Südtirol „äußerst proble-

matisch“ sei die Ansässigkeitsklausel. Zudem ist es für Knoll auch absolut inakzeptabel, dass die Landesbezeichnung für Südtirol künftig auf Deutsch „Südtirol-Alto Adige“ lauten soll – so wie es Alessandro Urzi gefordert habe. Denn das stehe schwarz auf weiß im Reformtext. „Damit oktroziert uns Urzi sogar in der deutschen Sprache den faschistischen Begriff ‚Alto Adige‘ auf“, kritisiert Knoll.

Gestrichen werden sollte auch eine mögliche Zusammensetzung der Landesregierung nach Proporz. Klar Nein sagt der Kopf der Südtiroler Freiheit zur Möglichkeit, einen Vertreter der italienischen Sprachgruppe in den Gemeindevorstand zu berufen, wenn nur ein Vertreter der italienischen Sprachgruppe angehört.

Grüne: Keine Freude über Umwelt-Kompetenz

Die Grünen betrachten die Übernahme der Zuständigkeit für Umwelt und Raumordnung skeptisch: Gerade wenn es um Interessenskonflikte geht – und das sei bei Raumordnung und Umweltgang und gäbe – wäre eine übergeordnete Instanz von Vorteil, die die Entscheidungen trifft. „Mehr als einmal hat der Staat in Sachen Umwelt ein Machtwort gesprochen“, meinen **Brigitte Foppa**, **Madeleine Rohrer** und **Zeno Oberkofler**.

Ein wichtiger Schritt sei hingegen die Reduzierung der erforderlichen Ansässigkeit, um zu wählen, von 4 Jahren auf 2 Jahre. Dies hätten auch die Grünen immer gefordert. Ebenso positiv sehen die Grünen die Möglichkeit, einen Vertreter der italienischen Sprachgruppe in den Gemeindevorstand zu berufen, wenn nur ein Gewählter der italienischen Sprachgruppe angehört. Eine Zusammensetzung der Landesregierung nach Proporz läuft für die Grünen hingegen „auf Rechtsunsicherheit und Paketeilen hinaus“.



Bei der Opposition gibt es Ablehnung und Zustimmung zum Autonomie-Reformentwurf (im Bild, vorne von links): Brigitte Foppa, Maria Elisabeth Rieder, Madeleine Rohrer und Myriam Atz. Hinten von links: Zeno Oberkofler, Sandro Repetto, Andreas Leiter Reber, Paul Köllensperger, Hannes Rabensteiner, Bernhard Zimmerhofer, Sven Knoll und Jürgen Wirth Anderlan.

„Wie es aussieht, werde ich der Reform zustimmen“, kündigt **Andreas Colli** (Wir Bürger) an. Die Statutenreform sei beim ersten Hinsehen „nicht gerade der Megawurf“. Andererseits sollte man aber „nehmen, was man kriegt“. Denn es sei ein Schritt in die richtige Richtung und es gebe gute Ansätze – so zum Beispiel auch, dass nach Gemeindevahlen ein italienischsprachiger Gemeinderat leichter in den Ausschuss geholt werden kann. Ein guter und wichtiger Schritt sei auch die „Kompetenz über das Wildtiermanagement“. Landeshauptmann Arno Kompatscher habe sich bei dieser Reform sehr bemüht.

Sandro Repetto (PD) meint, die Einvernehmensklausel in diesem Reformtext sei zwar neu, aber nicht sensationell. Bei der

Rückholung von ausgehöhlten Kompetenzen sei man „einige begrenzte Schritte vorangekommen“, aber dies müsse seine Partei noch genauer bewerten. Dass die Ansässigkeitsklausel bei Wahlen gesenkt werden soll, sei „logisch“ und auch „ein Recht“. Um eine abschließende Bewertung der Reform abzugeben, werde er sich mit den Trentiner PD-Abgeordneten abstimmen.

„Im Vergleich zum Vorschlag von März 2024 ist nun eindeutig weniger Substanz enthalten“, meint **Thomas Widmann** (FSW). Das nationale Interesse bleibe ein großes Problem. „Damit kann fast alles ausgehebelt werden“, kritisiert Widmann. „Die Einvernehmensklausel wurde sehr stark abgeschwächt – und das war eine der Grundpfeiler der Vereinbarung“. In puncto Finanzautono-

mie habe man nichts erreicht. Bei der Sanität habe Südtirol viel mehr Budget als andere Regionen und trotzdem müsse sich Südtirol in allen Bereichen an die gesamtstaatlichen Regeln halten. Wenn diese Reform ein Schlussstrich wäre, so sei nicht dafür zu stimmen. Wenn es hingegen ein kleiner Verhandlungsschritt sei, dann sei es ok, man müsse dann aber weiterverhandeln und die Finanzautonomie einfordern, die Einvernehmensklausel verstärken und das nationale Interesse streichen, fordert Widmann.

Holzzeisen rechnet mit einem Abbau auf Raten

Renate Holzzeisen (Vita) will gegen die Reform stimmen. „Ich teile die Sorge von Ex-Senator Os-

kar Peterlini hinsichtlich der still-

schweigenden Anpassung des Autonomiestatuts an die Reform der Verfassung von 2001. Meine Sorge gilt aber darüber hinaus der nun expliziten Verankerung im Autonomiestatut der Notwendigkeit der Beachtung der Zwänge (vincoli), die sich aus der Rechtsordnung der EU ergeben.

Dadurch hat das Land Südtirol keinerlei Möglichkeit mehr, sich gegen eine auch verfassungswidrige Kompetenzabgabe seitens der Republik Italien an die Europäische Union zu wehren, was beispielsweise im November 2022 im Bereich der Gesundheitspolitik erfolgt ist.“ Holzzeisen rechnet mit einem Abbau der Südtiroler Autonomie auf Raten. „Die aktuelle Version des Entwurfs kann nicht kritiklos abgelehnt werden“, meint **Andreas Leiter Reber** (Freie Fraktion). „Ob ich für oder gegen die Reform stimmen werde, hängt davon ab, wie klar und in welcher Form die Anmerkungen und Änderungsvorschläge des Landtags ausfallen.“ Besonders störe ihn die Vermischung der Ebenen: „Für technische Anpassungen im Gewerbe- oder Umweltbereich, die allen Südtirolern zugutekommen, müssen einseitige Zugeständnisse beim Minderheitenschutz für die deutsche und ladinische Volksgruppe gemacht werden. Einen solchen ‚Wechselkurs‘ zu etablieren, halte ich für brandgefährlich“, so Reber.

„Als aufrechter Tiroler kann ich nie für diese Reform sein“, meint **Jürgen Wirth Anderlan** (JWA). Er stößt sich wie Knoll an der Bezeichnung „Südtirol/Alto Adige“. „Aber vom Landeshauptmann habe ich mir nichts anderes erwartet“, sagt Anderlan. Die Ansässigkeitsklausel sei bedenklich. „Wenn bei den Wahlen 2028 alle Muslime die gleiche Partei wählen, sitzen 3 Muslime im Landtag. Das ist für mich nicht nachvollziehbar.“ Damit „entsorgt man den Minderheitenschutz im Ver-brennungsofen.“ © Alle Rechte vorbehalten